

# SÜDKURIER

## GELDPOLITIK

### Normalisierung in Sicht



Die Leitzinserhöhung in den USA kommt zur rechten Zeit. Mittelfristig muss auch die Europäische Zentralbank nachziehen.

VON THOMAS DOMJAHN

Das Jahr 2016 war aus wirtschaftlicher Sicht ein Jahr der Extreme: Die Europäische Zentralbank (EZB) drückte den Leitzins auf null Prozent und schaffte damit Zinsen für Sparer praktisch ab. Zudem sank der Ölpreis, einer der wichtigsten Rohstoffe der Weltwirtschaft, auf den niedrigsten Stand seit über einem Jahrzehnt. Nun, in der Vorweihnachtszeit, zeichnet sich an den globalen Geld- und Rohstoffmärkten eine langsame Normalisierung ab.

Der Ölpreis hat seine Talsohle – vor allem aufgrund von Mengenabsprachen der wichtigsten Öl-Exportländer – durchschritten und liegt wieder oberhalb der Marke von 50 Dollar pro Fass. Zudem hat die amerikanische Notenbank (Fed) die Leitzinsen erwartungsgemäß um 0,25 Prozentpunkte angehoben. Der Zinssatz im Land der unbegrenzten Möglichkeiten liegt nun in einem Korridor zwischen 0,5 und 0,75 Prozent. Das ist zwar immer noch niedrig, doch die Fed hat bei ihrer Sitzung weitere Erhöhungen in Aussicht gestellt. Für die nächsten drei Jahre geht die Notenbank jeweils von drei weiteren Anhebungen aus. Ende 2019 würde der obere Zielsatz somit bei etwa drei Prozent und damit bei einem aus historischer Sicht normalen Niveau liegen.

Zuletzt hatte die Fed sich mit Zinserhöhungen vornehm zurückgehalten. Die letzte Anhebung liegt schon ein Jahr zurück. Und das diesjährige Drehen an der Geldschraube ist erst die zweite Erhöhung seit Beginn der Finanzkrise. Insofern war die Zeit reif, langsam von der Politik des billigen Geldes abzurücken. Denn Konjunktur, Beschäftigung und Inflation haben auf der anderen Seite des Atlantiks wieder angezogen. Und der amerikanische Aktienindex Dow Jones eilt seit der Präsidentschaftswahl von Rekord zu Rekord. Zu niedrige Zinsen hätten in der Phase des Aufschwungs die Märkte weiter mit Geld überschwemmt und dadurch die Gefahr einer Blasenbildung erhöht.

Die steigenden Zinsen in den USA werden den Dollar stärken. Denn das höhere Zinsniveau zieht Anleger aus dem Ausland an, was die Nachfrage nach Dollarnoten steigen lässt. Schon gestern sank der Euro gegenüber dem Greenback auf den tiefsten Stand seit 13 Jahren. Weitere Zinserhöhungen in den USA könnten laut Experten 2017 für eine Parität zwischen Dollar und Euro sorgen. Das ist gut für europäische Exporteure, verteuert aber Importe aus den USA. Auch deutsche Urlauber müssen in den Vereinigten Staaten künftig tiefer in die Tasche greifen.

#### Südeuropa steckt noch in der Krise

Abgesehen davon ändert die Zinserhöhung in den USA für deutsche Sparer und Verbraucher nicht viel. Die Zinsen im Euroraum werden vermutlich auch im kommenden Jahr niedrig bleiben. Erst kürzlich hat EZB-Chef Mario Draghi sein Programm zum Aufkauf von Anleihen bis Ende 2017 verlängert. Die nach wie vor kritische Wirtschaftslage in Südeuropa lässt dem Italiener kaum eine andere Wahl. Die Arbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien ist leider immer noch zu hoch. Auch die Gefahr von sinkenden Preisen (Deflation) ist noch nicht ganz gebannt, auch wenn der steigende Ölpreis die Teuerung wieder anschieben wird. Zudem sind die politischen Verhältnisse nach dem Brexit-Votum, dem gescheiterten Verfassungs-Referendum in Italien und vor den anstehenden Wahlen in den größten EU-Ländern Frankreich und Deutschland weiter unübersichtlich. Mit einer Zinswende im Euroraum ist nach heutigem Stand wohl erst im Jahr 2018 zu rechnen.

Sparen und Anlegern bleibt somit auch im neuen Jahr nichts anderes übrig, als einer klassischen Sparweisheit zu folgen: Sie sollten ihr Vermögen auf verschiedene Anlageklassen wie Tagesgeld, Anleihen oder Edelmetalle je nach Risikoneigung verteilen. Zumindest ein kleiner Teil sollte auch an den vermeintlich riskanten Börsenplätzen in Aktien oder Aktienfonds investiert werden. Denn gerade Schwächephasen, von denen sich die Finanzmärkte in der Regel rasch erholen, bieten für Neueinsteiger attraktive Einstiegschancen.

thomas.domjahn@suedkurier.de

## ZUM TAG

### GESAGT IST GESAGT

„Wenn Fakten durch Emotionen einfach weggefegt werden können, geht die Grundlage für den demokratischen Diskurs verloren.“

**Heinrich Bedford-Strohm**, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

„Wenn jemand keinen Anspruch auf Schutz hat, muss er Deutschland verlassen.“

**Thomas de Maizière**, CDU, Bundesinnenminister

„Wir wollen den Prozess so reibungslos und geordnet gestalten wie möglich. Das liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse des übrigen Europa.“

**Theresa May**, britische Premierministerin, über den geplanten EU-Austritt ihres Landes

„Ruft einfach meine Leute an, ruft mich an, das macht keinen Unterschied. Wir haben hier keine formale Befehlskette.“

**Donald Trump**, künftiger US-Präsident, in einem Gespräch mit den Chefs amerikanischer Konzerne in Silicon Valley

### ZUM NACHDENKEN

#### Höchststand bei pensionierten Lehrern

Die Zahl der pensionierten Lehrer hat in Baden-Württemberg einen neuen Höchststand erreicht. 66 445 frühere Lehrkräfte bekommen Bezüge, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Das sei der höchste Wert seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1993. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl Anfang 2016 um 3615 Beamte. Neu in den Ruhestand versetzt wurden im vergangenen Jahr 4615 Lehrer – im Vorjahr waren es noch 4675. Neuzahlen gibt es noch nicht. Auch bundesweit hat die Zahl der pensionierten Lehrer mit rund 386 700 einen Rekordwert erreicht. Neu pensioniert wurden in Deutschland 2015 rund 27 900 Lehrer. Das waren genauso viele wie im Vorjahr und mehr als in allen anderen Jahren seit Beginn der Erhebungen. Pensionierte Lehrer waren 2015 im Schnitt 63,5 Jahre alt. Die Zahl der Pensionierungen ist bereits seit 2006 auf einem hohen Stand. In den nächsten Jahren seien weiter hohe Zahlen zu erwarten. Wegen des Babybooms und steigender Schülerzahlen waren bis in die 1970er-Jahre viele Lehrkräfte eingestellt worden. (dpa)

## ONLINE HEUTE

### IHRE MEINUNG

Abstimmung vom 14.12.2016  
Sollte Russland wegen des Doping-Skandals auch die Fußball-Weltmeisterschaft entzogen werden?

48,24 % – Ja, in Russland sollten vorerst keine sportlichen Großereignisse mehr stattfinden.

51,76 % – Nein, noch sind die Anschuldigungen nicht bewiesen.

**Frage heute:** Finden Sie es richtig, Asylbewerber nach Afghanistan abzuschicken?

[www.suedkurier.de/umfrage](http://www.suedkurier.de/umfrage)

Zur Verbesserung der Druckqualität



# Die Angst vor der Angst

- Politiker fürchten falsche Nachrichten im Internet
- Auch Cyberangriffe können Wähler verunsichern
- Hinweise auf russische Netz-Attacken verdichten sich

VON SUSANNE EBNER  
SOWIE DPA, EPD UND AFP

Januar 2016. Tausende Menschen, vor allem aber Russlanddeutsche, gehen in der SÜDKURIER-Region und im Rest des Landes auf die Straße. Sie tragen große Schilder vor sich her. Darauf steht: „Ohne Angst“. Anlass der Proteste ist der Fall Lisa in Berlin. Die 13-jährige war etwa einen Tag vermisst worden. Im Internet kursierte das Gerücht, sie sei von einer Gruppe südländisch aussehender Männer entführt und vergewaltigt worden. Später stellte sich heraus, dass die Geschichte erfunden war.

Der Fall wurde in Berlin als Teil einer „hybriden Kriegsführung“ eingestuft – durch Russland. Ziel sei gewesen, Unruhe in die Öffentlichkeit zu tragen. Nun stellt sich die Frage: Könnten Regierungen oder Interessengruppen erneut gezielt falsche Informationen streuen, um vor der Bundestagswahl im September 2017 eine Stimmung der Angst zu erzeugen? Fakt ist: Manipulierende Nachrichten aber auch Social Bots und Cyberangriffe nehmen zu. Politiker debattieren nun über Möglichkeiten zur Regulierung der Informationen im Internet.

Die Debatte zu falschen Nachrichten im Netz erhielt auch Schwung durch den Protest der Grünen-Politikerin Renate Künast. Sie geht derzeit per Strafanzeige gegen eine massenhaft auf Facebook verbreitete Falschnachricht vor, die ihr ein falsches Zitat in den Mund gelegt hatte. Es hieß dort, Künast hätte über den Mord an der Studentin Maria und die Festnahme eines Verdächtigen in Freiburg gesagt: „Der traumatisierte junge Flüchtling hat zwar getötet, man muss ihm aber jetzt trotzdem helfen.“ Laut Künast dauerte es drei Tage, bis Facebook die Nachricht von der Seite „Wi-

derstand deutscher Patrioten“ gelöscht hatte. In der Folge wurden Forderungen nach neuen Gesetzen laut. Der CDU-Rechtspolitiker Patrick Sensburg sagte: „Gezielte Desinformation zur Destabilisierung eines Staates sollte unter Strafe gestellt werden.“ Er schlug zudem eine Art Prüfstelle vor, die Propaganda-Seiten aufdeckt und kennzeichnet.

Der Freiburger Medienrechtler Moritz Hennemann glaubt jedoch nicht, dass eine Verschärfung der Gesetze hilfreich wäre: „Individuen sind durch die bestehenden Straftatbestände – wie zum Beispiel üble Nachrede und Verleumdung – bereits geschützt.“ Das Problem sei eher, die Urheber falscher Informationen im Netz zu identifizieren und in die Verantwortung zu nehmen. Wie schwer es ist, gegen unliebsame Phänomene im Internet, speziell in sozialen Netzwerken wie Facebook vorzugehen, zeigten in der Vergangenheit bereits die Anstrengungen gegen Hasskommentare. Gestern jährte sich die Vereinbarung, strafbare Inhalte binnen 24 Stunden zu löschen. Eingehalten wird sie noch nicht.

Wenn Gesetze nichts nützen, könnte vielleicht ein Kodex helfen. Das glaubt zumindest der SPD-Bundestagsabgeordnete und Netzbeauftragte Gerold Reichenbach. Er schlug laut Medienberichten vor, soziale Netzwerke unter das Presserecht zu stellen. So ließen sich beispielsweise prominent platzierte Gegendarstellungen durchsetzen, sagte er. Der Medienrechtler Hennemann gibt jedoch zu bedenken: Wären soziale Medien im gleichen Umfang wie klassische Medien für die jeweils veröffentlichten Inhalte verantwortlich, stünde „das gesamte Geschäftsmodell der Plattformbetreiber auf dem Prüfstand“. Denn der erforderliche Prüfungsaufwand wäre riesig.

## Warum schärfere Gesetze nicht helfen



**Moritz Hennemann**, Experte für Medienrecht an der Universität Freiburg, erklärt, weshalb man Manipulation im Netz über eine Änderung des Strafrechts nicht in den Griff bekommt

**Das heißt, man müsste die Plattformen in die Pflicht nehmen?** Die entscheidendere Frage dürfte tatsächlich sein, ob und inwieweit man die Plattformen – wie zum Beispiel soziale Netzwerke – zur Verantwortung ziehen kann. Das könnte zum Beispiel bedeuten, dass diese Plattformen bestimmte Nachrichten schneller entfernen müssen. Hierbei wäre allerdings zu bedenken: Plattformen müssten dann entscheiden, was wahr ist und was nicht – und zudem unwahre Tatsachen von Meinungen abgrenzen. Letztere sind nämlich grundsätzlich durch die Meinungsfreiheit geschützt. Damit würden die Plattformbetreiber eine sehr mächtige Stellung erhalten.

**Was halten Sie von einem Verbot von sogenannten Social Bots?** Ein pauschales Verbot aller Einsatzmöglichkeiten von Social Bots dürfte wohl nicht zielführend und auch sehr schwierig durchzusetzen sein. Im Übrigen: Social Bots werden eingesetzt in vielfältigen Konstellationen – positiv wie negativ –, die jeweils gesondert bewertet werden müssten.

FRAGEN: SUSANNE EBNER

# „NO NATO“



...scheint die neue Schreibweise zu sein! SCHOENFELD

## SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 • 2012 • 2014 • 2015  
European Newspaper Award 2011 • 2012 • 2013 • 2014 • 2015 • 2016

**Chefredakteur:** Stefan Lutz  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Günter Ackermann, Torsten Geiling  
**Leitende Redakteure:** Dieter Löffler, Margit Hufnagel, Sebastian Pantel  
**Politik und Hintergrund:** Dieter Löffler; **Wirtschaft:** Walther Rosenberger; **Kultur:** Dr. Johannes Bruggaier; **Sport:** Ralf Mittmann  
**Verlag und Herausgeber:** SÜDKURIER GmbH, Konstanz  
**Geschäftsführer:** Rainer Wiesner  
**Verlagsleitung:** Michel Bieler-Loop  
**Anzeigen:** Michael Schmierer  
**Vertrieb:** Svenja Gramp  
**Zustellung:** Thomas Kluzik  
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus  
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz  
Postfach 102 001, 78420 Konstanz  
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/ 999-1485  
**Abo-Service und Kleinanzeigen:**  
Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000

**Internet:** <http://www.suedkurier.de>  
<http://www.suedkurier-medienhaus.de>  
**E-Mail-Adressen:**  
redaktion@suedkurier.de  
leserbriefe@suedkurier.de  
service@suedkurier.de  
anzeigen@suedkurier.de  
kleinanzeigen@suedkurier.de  
Commerzbank AG, Konstanz  
IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00  
BIC COBADE33XXX  
**Druck:** Druckerei Konstanz GmbH  
78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180  
Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 84 vom 01. 01. 2016 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.